

Sackgasse Extraktivismus

von Stefan Peters

Das Wirtschaftsmodell des Globalen Nordens basiert auf unbändigem Rohstoffverbrauch und ist abhängig vom kontinuierlichen Zugang zu günstigen Ressourcen. Dies wird uns aktuell im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in aller Dramatik bewusst. Die Rohstoffabhängigkeit ist jedoch keine Einbahnstraße: Sie prägt auch und insbesondere die Staaten des Globalen Südens. Diese hängen größtenteils vom Export agrarischer, mineralischer und fossiler Rohstoffe ab. Dies hat sich immer wieder als ein wenig nachhaltiges Entwicklungsmodell herausgestellt.

Die These von den negativen Auswirkungen der Rohstoffausbeutung auf die Entwicklung von Staaten erscheint zunächst paradox. Schließlich ermöglicht die Förderung von Rohstoffen die Generierung von Devisen sowie die Erhöhung der Staatseinnahmen. Dennoch fällt auf, dass die wirtschaftliche Fokussierung auf Rohstoffe entwicklungspolitisch immer wieder in Sackgassen führt. Dies soll im Folgenden am Beispiel der Abhängigkeit vom Export nicht-erneuerbarer Rohstoffe gezeigt werden.

Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Die Gründe für die entwicklungspolitischen Probleme der Rohstoffförderung sind vielfältig. Einerseits sind die massiven sozial-ökologischen Konsequenzen zu nennen. Die Rohstoffextraktion führt zur Verschmutzung von Böden und Gewässern und verdrängt die Produktion von Nahrungsmitteln. Im Ergebnis entstehen teils heftige Proteste der lokalen Bevölkerung. Neben der Umweltverschmutzung bedeuten neue Extraktionsprojekte auch tiefgreifende Veränderungen der lokalen Ökonomie, Gesellschaft und Politik. Oft kommen die sozial-ökologischen Konflikte im Gewand einer Auseinandersetzung zwischen David und Goliath daher: die lokale kleinbäuerliche und nicht selten indigene Bevölkerung wehrt sich gegen transnationale Bergbaukonzerne. Es gibt jedoch auch Ausnahmen, in denen sich die lokalen Agrar-eliten oder klassenübergreifende Allianzen gegen entsprechende Extraktionsprojekte stellen. Wenig erforscht sind die Fälle, in denen der Bergbau ob der Hoffnung auf Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung auf Zustimmung innerhalb der Bevölkerung stößt. Zusätzlich beinhaltet die Fokussierung auf den Export natürlicher Rohstoffe – andererseits – negative sozio-ökonomische

Konsequenzen, vor allem durch die Ausprägung rentenökonomischer Strukturen. Im Kontext eines Rohstoffbooms setzt die Generierung hoher Rohstoffeinnahmen und entsprechender Devisenzuflüsse die heimische Währung unter Aufwertungsdruck. Im Ergebnis büßt die Industrie ebenso wie die Landwirtschaft an Konkurrenzfähigkeit ein. Es ist schlichtweg günstiger zu importieren, als im eigenen Land zu produzieren.

So wurde bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die venezolanische Landwirtschaft vom Erdöl praktisch weggefegt. Seither gelang es dem Land unter sehr unterschiedlichen politischen Vorzeichen jeweils nicht, die landwirtschaftliche Produktion zu stärken. Dies scheint zunächst nicht problematisch, da die Deviseneinnahmen den Import von Konsum- und Lebensmitteln erlauben. Allerdings haben sich die Fallstricke der Importabhängigkeit bereits vor der aktuellen Ernährungskrise in Venezuela manifestiert. Denn Rohstoffpreise sind besonders volatil. Auf den Boom folgt bald ein Preiseinbruch, der die Devisenzuflüsse und damit auch die Importkapazität spürbar einschränkt. Die fehlende wirtschaftliche Diversifizierung und die Ausrichtung auf den Import von Nahrungsmitteln und Konsumgütern werden dann zum Bumerang. Die Förderung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion scheint im Boom nachrangig, und in der Krise fehlen die Ressourcen für eine entsprechende Diversifizierungspolitik. In der Konsequenz steigt in der Krise immer wieder die Gefahr der Verarmung und Unterernährung für die sozial benachteiligte Bevölkerung.

Die Folgen der Energiewende für die Rohstoffstaaten

Eine Krise des Rohstoffexportmodells scheint in der aktuellen Hochpreisphase weit entfernt. Doch der gegenwärtige Rohstoffboom ist trügerisch. Dies gilt insbesondere für Staaten,



Kupfermine Radomiro Tomic in Chile (Matt Hintsa/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

die vom Export fossiler Energien leben. Erdöl, Kohle und Erdgas sind – trotz der aktuell hohen Preise – Auslaufmodelle. Wollen wir die Klimaziele erreichen, braucht es eine schnelle Abkehr von fossilen Brennstoffen. Der aktuelle Boom wird somit aller Voraussicht nach der letzte sein. Die meisten Erdölländer sind jedoch kaum auf einen baldigen Rückgang der Nachfrage vorbereitet. Entsprechend sind heftige Verwerfungen vorprogrammiert. Die tiefe Krise in Venezuela mit mehreren Millionen Migrant*innen in den Nachbarländern ist ein Vorbote für mögliche Szenarien in so unterschiedlichen Erdölländern wie Angola, Aserbaidschan, Ecuador, Nigeria oder Saudi-Arabien. Hier sind mittelfristig schwere Wirtschaftseinbrüche und eine massive Verarmung der Bevölkerung absehbar. Angesichts der Importabhängigkeit droht dies auch Probleme für die Ernährung der Bevölkerung hervorzurufen. Die damit verbundenen politischen Krisen und Herausforderungen für die internationale Politik werden jedoch von der Außen- und Entwicklungspolitik bisher kaum reflektiert.

Demgegenüber wird sich der Run auf die kritischen Metalle für die ökologische Transformation – insbesondere Kobalt, Kupfer, Lithium, Nickel, Seltene Erden – aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren fortsetzen. Die Ausrichtung auf den sogenannten Extraktivismus verspricht Wirtschaftswachstum und kann – je nach politischer Ausrichtung bezüglich der Verteilung der Einnahmen – die Armut deutlich verringern und damit auch das Recht auf Nahrung befördern. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass die landwirtschaftliche Produktion und insbesondere kleinbäuerliche Strukturen im Kontext des Rohstoffbooms durch die Förderung rentengesellschaftlicher Strukturen verdrängt werden und Ernährungssouveränität verloren geht.

Diese gilt auch mit Blick auf den neuen Star der Entwicklungspolitik zu reflektieren: dem grünen Wasserstoff. Grüner Wasserstoff ist zwar auf dem Markt noch nicht konkurrenzfähig, dennoch stellt sich bereits Goldgräberstimmung bezüglich des „sauberen Öls von morgen“ ein. Der grüne Wasserstoff verspricht klimaneutrale Energie, die zudem über weite Strecken exportierbar wird. Folglich ermöglicht er Deutschland und Europa perspektivisch die Fortsetzung des Imports günstiger Energie sowie die Externalisierung der sozial-ökologischen Folgen. Keine Frage: Erneuerbare Energien und grüner Wasserstoff sind der Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger unbedingt vorzuziehen. Sie haben jedoch massive Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen, so dass bereits jetzt Konflikte um Land und Wasser absehbar sind. Zudem würde die Ausrichtung auf die Produktion von grünem Wasserstoff die Positionierung des Globalen Südens als „Exporteur von Natur“ (Coronil) sowie die Herausbildung rentenökonomischer Strukturen einschließlich der entsprechenden Krisenanfälligkeit perpetuieren.

Mögliche Alternativen

Der Rohstoffhunger des Globalen Nordens aber auch der Mittel- und Oberschichten des Globalen Südens ist ungebrochen. In den Förderländern verspricht die hohe Nachfrage nach Rohstoffen kurzfristige Entwicklungserfolge. Diese gehen jedoch in der Regel mit ökologischen Schäden, wirtschaftlichen Ungleichgewichten und einer hohen Krisenanfälligkeit einher. Mittelfristig werden gerade fossile Energieträger deutlich an Bedeutung verlieren: Um heftige soziale Krisen zu vermeiden, braucht es daher bereits jetzt Gegenstrategien. In einigen Fällen setzen



Lithiumabbau in Argentinien (EARTHWORKS/Flickr, CC BY-NC 2.0)

die Förderländer auf Kontinuität im Wandel; das heißt auf die Fortsetzung des Extraktivismus durch die Förderung kritischer Metalle für die Energiewende; oder durch die Ausrichtung auf die Generierung von grünem Wasserstoff; oder durch eine Kombination aus beiden Strategien.

Strukturelle Probleme des Extraktivismus werden dadurch gleichwohl nicht gelöst. Der Königsweg für eine positive sozio-ökonomische Entwicklung bleibt die wirtschaftliche Diversifizierung. Entsprechende Strategien sind in der Vergangenheit jedoch fast durchgängig gescheitert. Aktuell startet die neue kolumbianische Regierung von Präsident Gustavo Petro einen erneuten Anlauf. Sie setzt dabei auf einem Mix aus Industrialisierung und der Förderung der Bioökonomie. Zudem sollen die Landwirtschaft gefördert sowie die extremen Ungleichheiten der Landverteilung reduziert werden. Mit der Fokussierung auf die Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen zur Förderung der Nahrungsmittelsouveränität setzt die neue Regierung einen wichtigen Akzent, der in den Diversifizierungsstrategien der jüngeren Vergangenheit kaum Beachtung fand. Sollte es gelingen, die politischen Widerstände der Agrareliten zu überwinden, könnten die lang vergessene Landreform sowie Debatten zur Ernährungssouveränität eine Renaissance erfahren.



Kohleabbau in Kolumbien: Treffen mit betroffener Gemeinde

Prof. Dr. Stefan Peters ist Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Direktor des Instituto Colombo-Alemán para la Paz (CAPAZ) in Bogotá.